

# Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Januar 2008

Nr. 1 · 4. Jahrgang

## Links informiert

**3** Kreisparteitag – „Potsdam, sozial und lebenswert“

## Im Mittelpunkt

**5/8** Berichte von Stern, Kirchsteigfeld und aus Drewitz

## Jugend

**11** Kommunalverfassung nicht im Interesse junger Leute

## „porta“ baut – die Wildnis hat ein Ende

Linkspartei ebnete maßgeblich den Weg für porta-Ansiedlung auf der Drewitzer Brache

Die Brache in Drewitz ist in unserer Stadt seit ungefähr Mitte der 90-er Jahre im Gespräch. Gescheitert waren die von der Bevölkerung getragenen Pläne für einen Freizeitpark. Im völligen Widerspruch dazu standen Überlegungen und konkrete Initiativen des Oberbürgermeisters, dieses Fließgrundstück für einen Baumarkt zur Verfügung zu stellen. Zum beginnenden Sommer meldete dann „porta“ bei der Linkspartei-Stadtfraktion ihr Interesse an. Am 29. November 2007 konnte schließlich der erste Spatenstich vollzogen werden („PaS“ berichtete).  
*Weiter auf SEITE 5*



## Auf ein Wort...



## Der Wahlmarathon beginnt

Nach jetzigem Stand wird am 28. September 2008 in Potsdam eine neue Stadtverordnetenversammlung gewählt. Der Wahlkampf hat längst begonnen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es einen fairen Wettbewerb zwischen den Parteien gibt, der die Stadt voranbringt. Das schließt ein, dass der Maßstab in den realen Leistungen bestehen sollte und nicht im gegenseitigen Diskreditieren. DIE LINKE geht mit einer guten Bilanz in das Wahljahr. Es hat sich gezeigt, dass wir nicht nur Gutes wollen, sondern auch durchsetzen können. Wir leisten als stärkste Fraktion einen gewichtigen Beitrag zur positiven Entwicklung der Stadt und nehmen insbesondere den Anspruch der kontinuierlichen Bürgernähe sehr ernst. Wir stellen uns als einzige Fraktion seit 1993 in unserem allmonatlichen Frühschoppen nach jeder Sitzung der SVV der öffentlichen Diskussion. So sind wir nah dran an den Problemen der Menschen und wollen vor allem einen sozialen Ausgleich unter den Möglichkeiten unserer

(Fortsetzung auf SEITE 2)

## Was ändert sich im Jahre 2008?

### Höhere Energiepreise

Verbraucher müssen im kommenden Jahr tiefer in die Tasche greifen: Der Energiekonzern Eon Edis hat für Brandenburg angekündigt, zum 1.1.2008 die Preise für Strom und Gas zu heben.

**Der Strompreis soll um 8,8 Prozent steigen, beim Gas sind es 6,9 Prozent.**

**Die Erhöhung betrifft die rund 700.000 Kunden, die von Edis Strom beziehen, also rund ein Viertel aller Brandenburger.**

Eine vierköpfige Familie muss bei jährlich 2500 Kilowattstunden Strom mit gut vier Euro mehr im Monat rechnen, beim Gas werden es rund neun Euro.

### Verschärfter Nichtrauchererschutz

Ab Januar 2008 soll in Berlin und Brandenburg ein verschärfter Nichtrauchererschutz in Kraft treten. Die Brandenburger Regierung legte einen Entwurf vor, demzufolge ein Rauchverbot für alle öffentlichen Bereiche von Gebäuden und Gaststätten gelten soll: zum Beispiel in Behörden, Gerichten, Schulen, Kitas, Hochschulen, Krankenhäusern, Theatern, Kinos, Hotels und Diskotheken. Im Gastronomie-Bereich soll das Rauchen in Nebenräumen erlaubt bleiben, wenn eine „Gefährdung Dritter“ vermieden wird. Das Gesetz ist vom Landtag verabschiedet worden.

### Umweltzone Berlin

Wer sein Fahrzeug nicht mit einer gültigen Umweltplakette ausstattet, der wird in einigen Großstädten und Ballungsgebieten bald nicht mehr fahren dürfen.

Zu den ersten Städten, die zum Jahresbeginn eine Umweltzone einrichten, gehören Berlin und Köln. Andere Metropolen wie Stuttgart und München folgen im Laufe des Jahres.

Berlin: Ab Januar 2008 wird Berlins Innenstadt zur Umweltzone. Innerhalb des S-Bahn-Rings dürfen dann nur noch Fahrzeuge mit Plakette fahren. Weitere Informationen unter: [www.berlin.de/umweltzone](http://www.berlin.de/umweltzone)  
*Weiter auf SEITE 9*

## EHRUNGEN FÜR ROSA UND KARL ZUM 89. JAHRESTAG IHRER ERMORDUNG

**In Berlin am Sonntag, dem 13. Januar 2008:**

Stilles Gedenken in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde, Demonstration zur Gedenkstätte sowie Kranzniederlegung am Landwehrkanal

**In Potsdam am Sonntag, 20. Januar 2008, um 11.00 Uhr im Lustgarten  
„Herz und Flamme der Revolution“**

(Fortsetzung von SEITE 1)

Stadt befördern, z.B. mit dem unentgeltlichen Schulesen für Kinder aus sozial schwachen Haushalten.

Dem Jahr der Kommunalwahl folgen 2009 die Bundestags- und die Landtagswahl. 2010 endet die achtjährige Wahlperiode des Oberbürgermeisters. DIE LINKE wird sich mit gesundem Ehrgeiz diesen Herausforderungen stellen und zur Realisierung ihrer politischen Ziele um einen größeren Einfluss kämpfen.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg  
Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE*

## Chance auf moderne Kommunalverfassung nicht verspielen

Die Novellierung der Kommunalverfassung als das erklärtermaßen wichtigste Reformvorhaben der SPD/CDU-Koalition in dieser Legislaturperiode wird dem Anliegen einer Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung nicht gerecht. Das gilt insbesondere für die angekündigte Verbesserung der Rahmenbedingungen für kommunale Unternehmen. Mit der beabsichtigten Neuregelung wird das Land Brandenburg nicht den Interessen der Kommunen an einem größeren Handlungsspielraum gerecht. Das war auch das Ergebnis der Anhörung zu diesem Gesetzentwurf.

Deshalb fordert DIE LINKE in Übereinstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden eine wirksame und damit weitestgehend Öffnung des Örtlichkeitsprinzips, um die Konkurrenzfähigkeit kommunaler Unternehmen zu stärken. Dazu gehört auch die Streichung des Privatisierungsvorgangs.

Kommunale Unternehmen haben in Brandenburg einen Anteil von 0,7 % an den gesamten Unternehmen, also vergleichsweise sehr gering. Von einer unzulässigen Konkurrenzsituation kann in diesem Zusammenhang nicht die Rede

sein. Starke kommunale Unternehmen stabilisieren vielmehr kleine und mittlere Unternehmen.

Mehr Eigenverantwortlichkeit von Kommunen in Einklang mit einer stärkeren Mitsprache der Bürger insbesondere bei Straßenbaumaßnahmen ist eine weitere Forderung der LINKEN.

Die Einführung einer Bürgerkommune muss mit allen daraus resultierenden Elementen der direkten Demokratie wie einfachere und kostengünstigere Verfahren für kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide fest in der Kommunalverfassung verankert werden.

Aus diesem Grund fordert DIE LINKE die Einführung von gestaffelten Quoren bei Bürgerbegehren. Das bedeutet, je mehr Einwohner eine Gemeinde hat, desto weniger Menschen müssen prozentual Unterschriften leisten. Das erleichtert die Einstiegsvoraussetzungen für Bürgerbegehren. Auch wollen wir die Themenbereiche für die direkte Demokratie erweitern. Die Fraktion DIE LINKE fordert, dass die neue Kommunalverfassung verpflichtende Ausnahmen vom Anschluss- und Benutzungszwang vorsieht, wenn ein höherer Umweltstandard gegeben ist.

Ebenso muss endlich der Bearbeitungszeitraum für die Genehmigung der kommunalen Haushalte durch die Kommunalaufsicht verbindlich festgelegt werden.

Die Diskussion darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die entscheidenden Handlungsfelder auf der kommunalen Ebene nach wie vor die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen sowie die seit Jahren stagnierende Funktionalreform sind.

Auch die Einigung der Koalition zur Direktwahl der Landräte ab 2010 ist nach wie vor ein fauler Kompromiss. Wer diese Direktwahl wirklich will, muss sie bereits ab 2008 einführen. Mit den Änderungen im Kommunalwahlrecht fordert DIE LINKE das Absenken des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre und die Einführung des Kommunalwahlrechts für Nicht-EU BürgerInnen.

Die Forderungen der LINKEN wurden in Änderungsanträgen eingebracht, die im Innenausschuss und im Dezember im Plenum abschließend beraten und abgestimmt wurden. Die Chance für eine wirkliche Stärkung der Kommunen darf nicht leichtfertig verspielt werden.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdB)*

## Was liegt im Argen bei den „Argen“?

### Dauerstellen statt Befristungen für bessere Betreuung Arbeitsuchender

Unter befristeten Stellen in den „Argen“ der Bundesagentur für Arbeit leiden nicht nur die MitarbeiterInnen. Denn das, was die Arbeitsagentur eigentlich leisten soll, ihre arbeitslosen „Kunden“ effektiv in den Arbeitsmarkt einzugliedern, kommt zu kurz. Nun werden im neuen Jahr nach Genehmigung durch den Haushaltsausschuss bis zu 3000 befristete Stellen in unbefristete Stellen umgewandelt. Das ist nur ein kleiner Erfolg. Angesichts anhaltend hoher

Arbeitslosigkeit müssen sich die „Kunden“ darauf verlassen können, dass man sie kontinuierlich und gründlich und nicht wie am Fließband betreut. Das geht nur, wenn aus allen befristeten Stellen Dauerstellen werden. GESINE LÖTZSCH (MdB) stellte dazu in der Fragestunde des Bundestages am 12. Dezember 2007 grundsätzliche Fragen. Die Antworten gab Franz Thönnies, Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

**Wie viele unbefristete und befristete Stellen werden die 10 größten Arbeitsämter in Deutschland 2008 von der Arbeitsagentur zugewiesen bekommen und welche wichtigen Gründe gibt es, dass Mitte Dezember 2007 diese Informationen für 2008 bei den Arbeitsämtern noch nicht vorlagen?**

Die hohe Zahl der befristeten Arbeitsverträge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Arbeitsgemeinschaften der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist eine Frage, der sich die Bundesagentur für Arbeit gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Bundesfinanzministerium im Verfahren zur Aufstellung des Haushalts der Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2008 intensiv gewidmet hat.

Der Stellenplan für Aufgaben nach dem SGB II ist Teil des Haushalts der Bundesagentur für Arbeit.

Die Bundesagentur für Arbeit hat den von ihrer Selbstverwaltung beschlossenen Haushalt der Bundesregierung zur Genehmigung vorgelegt und darin Vorschläge zur Personalausstattung gemacht. Erst nach der Genehmigung kann der Haushalt umgesetzt und eine ent-

sprechende Verteilung von Stellen auf die Agenturen für Arbeit - und damit auf die Arbeitsgemeinschaften - vorgenommen werden.

Eine vergleichbare Problematik besteht in den Agenturen für Arbeit, die die Aufgaben der Arbeitsförderung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch durchführen (ehemals „Arbeitsämter“), nicht.

**Wie beurteilt die Bundesregierung den hohen Anteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit befristeten Arbeitsverträgen in den Jobcentern und welche Auswirkungen hat der hohe Anteil an befristeten Verträgen auf die kontinuierliche Arbeit der Jobcenter mit den Arbeitlosen und den Unternehmen, die Arbeitskräfte suchen?**

Ein sehr hoher Anteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nur befristet eingestellt sind, ist nicht die optimale Voraussetzung, um die Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende – eine effektive Eingliederung durch qualifizierte und individuelle Betreuung – zu erreichen. Die hohe Personalfuktuation

und der erhöhte Qualifizierungsbedarf bedeuten Effizienzverlust und zusätzliche Kosten. Nachdem bereits im laufenden Haushaltsjahr zusätzliche 4.000 Dauerstellen zur Entlastung befristeter Beschäftigungsverhältnisse ausgetrieben worden sind, werden Bundesregierung und Haushaltsgesetzgeber auch für 2008 durch eine erhebliche Zahl weiterer Dauerstellen zur Optimierung der Personalsituation beitragen.

### IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“  
Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.  
**HERAUSGEBER:** Kreisvorstand DIE LINKE, Potsdam; **Pete Heuer**, Vorsitzender, Alleestr.3, 14469 Potsdam.  
**REDAKTION:** medien punkt potsdam; Friedrich-Ebert-Straße 38, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 23 78 49-0; Fax: -9; email: pas.redaktion@gmx.net;  
**ANZEIGEN:** Sekretariat.  
**BANKVERBINDUNG:** Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 4506102113; BLZ: 160 500 00 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.  
**BILDAUTOREN:** Redaktion, Archiv  
**DRUCK:** OSSI-Druck Brandenburg.

### Verdienst- möglichkeit

Wir suchen für  
„Potsdams andere Seiten“  
(Potsdam) und  
„Märkische Gärtnerpost“  
(Kreise Potsdam, Potsdam-Mittelmark und  
Teltow Fläming)

### Medienberater/ Anzeigenverkäufer

auf günstiger Provisionsbasis. Interessenten  
melden sich bitte dienstags oder  
donnerstags in unserer Redaktion unter  
0331/23 78 49-0.

# Potsdam – sozial und lebenswert

Diskutiert auf dem Kreisparteitag: Grundsätze zur Entwicklung der Stadt Potsdam/Mitdenker sind gefragt

Vom Potenzial Potsdams als Stadt der Wissenschaft über seniorengerechte Wohnungen bis hin zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß reichte die Palette der Themen, die über 100 Delegierte des 10. Kreisparteitages der Potsdamer LINKEN im November diskutierten. Dazu hatten Kreisvorstand und Fraktion einen ersten Entwurf für Grundsätze vorgelegt, die bis Ende Februar durch Parteimitglieder und interessierte Potsdamer zu einem tragfähigen Kommunalwahlprogramm entwickelt werden sollen. Tenor: Potsdam soll eine soziale und lebenswerte Landeshauptstadt für alle Potsdamer sein!

„Der Appetit kommt beim Essen!“ – eingedenk dieser Erfahrung sollen im Folgenden einige Schwerpunkte auszugsweise angerissen werden. Den kompletten Text finden willkommene Mit-Denker im Internet [www.dielinke-potsdam.de](http://www.dielinke-potsdam.de) oder erhalten ihn in der Kreisgeschäftsstelle in der Alleestraße 3 während der üblichen Geschäftszeiten.

## Wirtschaft und Arbeit: Günstige Rahmenbedingungen schaffen

Hier nun der kleine Vorgeschmack: Für die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeit will die LINKE in Potsdam möglichst günstige Rahmenbedingungen schaffen, damit beispielsweise im Wissenschaftsbereich durch Innovationen Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden können. Hierzu gehört auch die effektive Gestaltung der Bindung Potsdams an das Umland. Die kleinen und mittleren Unternehmen sollen durch regionale Auftragsvergabe sowie die Bindung an Tariftreue gefördert werden. In der Diskussion wurde jedoch energisch und unter Beifall gefordert, den Stadtwerken und dem städtischen Wohnungsunternehmen genauestens auf die Finger oder besser die Preiskalkulation zu sehen, weil sie mit ihren berechneten Betriebskosten die Potsdamer ausplünderten.

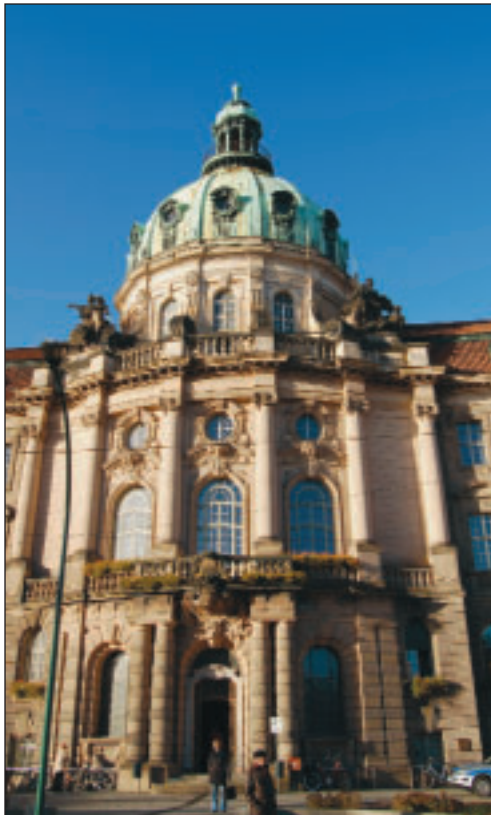
## Öffentlicher Beschäftigungssektor

Mittels eines Öffentlichen Beschäftigungssektors sollen speziell ältere Langzeitarbeitslose auf Freiwilligkeitsbasis in Existenz sichernde, marktferne und gesellschaftlich notwendige Arbeit vermittelt werden. Hier bieten sich kulturelle, ökologisch orientierte oder auch soziale Beschäftigungen an, die jedoch keinesfalls Jobs am ersten Arbeitsmarkt verdrängen dürfen. Dadurch können erfahrene Arbeitssuchende würdevoller leben, als sie das häufig beim Beantragen von Sozialleistungen empfinden. Mehr Aufmerksamkeit wurde in der Debatte für eine drohende Prekarisierung der Studierenden gefordert. Deren Situation wird durch den ständig steigenden Druck im Studium beim gleichzeitigen Zwang, den eigenen Lebensunterhalt zu sichern, immer schwieriger.

Hier wie auch auf anderen Themenfeldern blieb noch vieles offen, was in den nächsten Wochen gemeinsam zu erarbeiten und mit Leben zu erfüllen ist. Das gilt vor allem für die Behindertenpolitik, die Gesundheitspolitik, Städtebau und Wohnen, Neue Ortsteile und den Sport.

## Senioren im Alltag

Aber auch Probleme, mit denen sich Senioren im Alltag auseinandersetzen müssen, bedürfen der weiteren Ergänzung. So braucht Potsdam mehr kleinere und bezahlbare Wohnungen mit barrierefreiem Zugang und Begegnungs-, Gesundheits-



und Präventionsangeboten im Umfeld. Grundsätzlich sollten ältere Menschen, aber auch Behinderte, einen möglichst günstigen Zugang zum öffentlichen Nahverkehr sowie zu Freizeitangeboten haben. Unbedingt müssen in den nächsten Jahren angesichts des wachsenden Anteils der Senioren an der Bevölkerung ausreichend bezahlbare stationäre Heim- und Pflegeplätze zur Verfügung gestellt werden. Zu diesem Thema merkte ein Delegierter an, dass Senioren und andere Bevölkerungsgruppen nicht als Objekte der Politik zu behandeln sind, sondern vielmehr über die Einbindung der Interessenverbände wie der Volkssolidarität aktiv einzubeziehen seien.

## Toleranz und Weltoffenheit

Der Politikschwerpunkt Toleranz und Weltoffenheit wird im Grundsatzpapier als Investition in die Zukunft durch Aufklärungsarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz betrachtet. Ein fremdenfreundliches Klima stärkt Potsdams Innovationskraft besonders in Wissenschaft und Wirtschaft und stellt auch für den Tourismus einen gar nicht hoch genug einzuschätzenden Faktor dar. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt hier auch der Sport, da die Arbeit vor allem mit Kindern und Jugendlichen dazu beiträgt, Verantwortungsgefühl und Fairness im Miteinander zu erlernen.

## Jugend und Bildung

Im Bereich Jugend und Bildung wollen sich die LINKEN für eine einheitliche Versorgung der Potsdamer Kinder und Jugendlichen mit einer warmen Mittagsmahlzeit und mit Milch engagieren. Durch ausreichendes Personal ist eine qualifizierte Betreuung in pädagogischen Spielgruppen und Arbeitsgemeinschaften zu sichern. Im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten werden Impulse für hochwertige einheitliche Lehrpläne und Lehrmittel

erwartet, statt weitere Etatreduzierungen zuzulassen. Die staatlichen Schulämter sind zu entbürokratisieren oder aufzulösen – zugunsten einer größeren Eigenständigkeit für die Schulen. „Zumindest nicht fördern“ wollen die LINKEN die Ansiedlung weiterer Privatschulen, solange dies auf Kosten der staatlichen Schulen geht.

## Standortfaktor Kultur

Ausdrücklich von Delegierten begrüßt wurde der Umstand, dass die Kultur als harter Standortfaktor für Potsdam auf einer dauerhaften finanziellen Basis gefördert werden soll. Dabei verweist das Grundsatzpapier auf eine notwendige Ausgewogenheit von „Leuchttürmen“ und Freizeitangeboten in Wohngebieten. Kinder- und Jugendtheater, Geschichtsvermittlung, Experimente und internationale Festivals sollen einen festen Platz bekommen. Besonders in diesem Bereich ist zu sichern, dass das Ehrenamt nicht als kostengünstiger Ersatz für notwendige bezahlte Arbeit erhalten muss. Potsdam erlaube eine einmalige Verbindung von Kultur, Wissenschaft und Natur und könne seine Umlandfunktion für die Region besser ausschöpfen.

## Energie- und Umweltpolitik

Die Verringerung des Energieverbrauchs und Reduzierung des Ausstoßes klimarelevanter Gase haben sich inzwischen wohl alle Parteien in Potsdam „auf die Fahnen geschrieben“. Für die LINKE heißt das zum Beispiel konkret: Einhaltung von Umweltstandards bei Genehmigungsverfahren, Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs, Ausbau des Radwegenetzes, preislich attraktives Park-/Bike-and-Ride-System – und das übrigens nicht erst seit der Klimaschutzdebatte. Das schließt Aspekte des Natur- und Bodenschutzes ein, wie die Erhaltung von Alleen und attraktiven Umlandbereichen, die durch ein Rad- und Wanderwegenetz unter Einbeziehung der Wasserstraßen zu verknüpfen sind. Hieran haben auch die vielen Kleingärtner ihren Anteil, deren Gärten bezahlbar bleiben sollen. Mit der Intention, die Natur zu schützen und dennoch zu nutzen, wendet sich die LINKE nach wie vor gegen den Havelstraßenausbau, an dem die Bundesregierung gegen den Widerstand der Region bislang festhält.

**Diese und weitere Denkanstöße aus dem Entwurf des Grundsatzpapiers fordern nun die Potsdamer und vor allem die Potsdamer Linken heraus: Bis Ende Februar können Ergänzungen, Anregungen und Einwände jedem Mitglied des Kreisvorstands übergeben werden. Kritisch geprüft werden auf Anregung eines Diskussionsredners auch noch einmal die Vorhaben aus dem Wahlprogramm der vergangenen Kommunalwahl. Und dann kann es losgehen – je näher das Wahlprogramm den Potsdamern ist, desto größer sind die Chancen, wieder die stärkste Fraktion zu stellen und vieles für die Potsdamer umzusetzen!**

- ed -

*Am Rande des Parteitages rief die Linksfraktion des Stadtparlaments zu Spenden für Stelen zur Erinnerung an das Schicksal von Zwangsarbeitern im 2. Weltkrieg in Potsdam auf. Die reichlich hundert Delegierten brachten es auf fast 400 Euro, so dass zwei solcher Erinnerungsstätten markiert werden können.*

## „Unterminierung und Verdrießlichkeit“

Januar 1785

Die Witwe Wulff und Söhne beklagen sich am 5. Januar 1785 bei Friedrich II. über die Arbeiter in Nowawes; in dem Schreiben heißt es: Wir „...haben nicht gedacht, daß die Arbeiter alsda solche unruhige und widerwärtige Leute sind, welcher allerhand Unterminierung und Ver-

drießlichkeit vornehmen; es ist zwar wahr, dass bisweilen an denselben etwas Lohn einhalten, welches aber zu unserer Sicherheit thun müssen, weil bey jetzigen Zeiten gegen denen auf dem freyen Felde wohnenden Arbeiter, welche allerhand Materialia von uns in Händen ha-

ben, precaution brauchen müssen. Dieses will aber nicht eingesehen werden, sondern wir müssen erfahren, daß von denselben beständig herumgetragen und auf allerhand Weise blumirt werden...“

## Deportation in Potsdam

Januar 1943

Aus dem jüdischen Siechen- und Altenheim in der Bergstraße 1 werden am 16. Januar 1943 die letzten etwa 40 dort lebenden Potsdamer Juden durch die „Geheime Staatspolizei exmittiert“; unter ih-

nen befinden sich der letzte Kantor Samuel Guttman sowie die Gemeindeglieder Leopold Ehrlich und Max Hirschbruch



## „Diskussionen in der Bevölkerung“

Januar 1953

Aus einer Parteiinformation der Kreisleitung Potsdam der SED vom 10. Januar 1953 an die Bezirksleitung Potsdam der SED zu „Diskussionen in der Bevölkerung“: „Im Meteorologischen Dienst wird z.B. diskutiert, daß statt weiterer Preissenkungen für einige Waren wesentliche

Preiserhöhungen bevorstehen (feinmechanische Erzeugnisse und Spirituosen) werden. Hier wird die bisherige Argumentation einer Besserung der Lebenslage der Werktätigen negativ bewertet, und die Unmöglichkeit einer einwandfreien Planung hervorgehoben.“

## Kampf dem „Wattfraß“

Januar 1958

In Potsdam finden vom 15. bis zum 17. Januar 1958 die „Kampftage der Jugend gegen Stromsünder“ unter der Losung „Blitz kontra Wattfraß“ statt; es wird die Losung ausgegeben: „Greift den Wattfraß blitzschnell an, / damit er nicht mehr fressen kann!“

Allein am 16. 01. 1958 werden folgende Ergebnisse gemeldet:

Bahnhof Potsdam: 3.500 Watt; Schule 40: 35.185 Watt; Bau-Union Potsdam: 40.000 Watt.



## Potsdamer Kulturleben 1968

Januar 1968

Im Kulturhaus „Hans Marchwiza“ findet am 11. Januar 1968 das von der Stadtrektion der „Märkischen Volksstimme“ und dem Kreisvorstand Potsdam der Nationalen Front durchgeführte 1. Potsdamer Kulturgespräch unter dem Motto „Wie interessant und aufregend ist das Potsdamer Kulturleben am Wochenende?“ statt. Es werden mit Potsdamern Fragen der geistig-kulturellen Entwicklung der Stadt diskutiert. Grundlage ist der Beschluss des Staatsrats der DDR vom 30. 11. 1967 „Die Aufgaben der Kultur bei der Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft“. Die Diskussion mit den 120 Anwesenden leitet Rudi Büttner, Stadtrat für Kultur. „...Die Diskussion ergab: Das Potsdamer Kulturleben ist schon attraktiv, kann und muss aber mit Hilfe aller noch attraktiver werden. Jeden Monat sind in Potsdam etwa 600 bis 700 geistig-kulturelle Veranstal-

tungen, einschließlich Film. Um die Qualität zu steigern, sollten eine bessere Abstimmung, Koordinierung und Spezialisierung der staatlichen und gesellschaftlichen Kulturträger erfolgen, die geistig-kulturellen Potenzen Potsdams, der Stadt der Wissenschaft und Kultur, besser genutzt werden und sich die kulturellen Einrichtungen noch mehr mit den Schrittmacherkollektiven in Betrieben und Einrichtungen verbinden.“ (MV, 15.01.1968)



# Gute Bedingungen für Investoren in Potsdam

## Die porta-Ansiedlung und Diskussionen in der Stadtverordnetenversammlung

Es ist, wie es ist. Der Erfolg hat viele Väter. So konnten wir es auch beobachten am 29. November 2007 während des festlichen „Ersten Spatenstichs“ für die neue porta-Ansiedlung auf der Drewitzer Brache.

Da ist es immer gut, wenn man ein gutes Zeitungsarchiv hat. Und wenn man Niederschriften – also Wortprotokolle – von Stadtverordnetenversammlungen vorzuliegen hat.

Auf der Spatenstich-Veranstaltung jedenfalls präsentierte sich unser Oberbürgermeister wieder einmal, als ob er quasi der „Erfinder“ der ganzen Sache war und niemals Zweifel an der Richtigkeit der Entscheidung der Stadtverordneten FÜR porta gehegt hätte. Freundlich lächelnd lobte er die Aktivitäten der Firma porta, übergab am Rande des Festaktes noch schnell einen dicken Aktenordner mit der längst fälligen Baugenehmigung (wir erinnern uns: Noch am Tag vorher geisterte eine mögliche Nichtgenehmigung durch die Tagespresse!). Und schwang schließlich mit allen anderen Prominenten den Spaten zum symbolischen Akt.

Schau'n wir also zurück. Nachdem porta sein Bauinteresse (ausgerechnet!) bei der Linkspartei-Stadtfraktion angemeldet und logischerweise um entsprechende Unterstützung geworben hatte, stellte die Linkspartei-Stadtfraktion gemeinsam mit der CDU-Fraktion zum 6. Juni 2007 einen Antrag, dass der OB beauftragt wird, im Gespräch mit porta die notwendigen Voraussetzungen für einen städtebaulichen Vertrag zu schaffen. „Bei gutem Willen, und den setze ich auf beiden Seiten voraus, müsste es möglich sein, dass wir nach der Sommerpause über eine entsprechende Vorlage entscheiden können“, betonte damals Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, der Fraktionschef der LINKEN. Und weiter: „Wir haben bewusst darauf verzichtet, einzelne inhaltliche Vorgaben zu machen, da mit dem städtebaulichen Vertrag für den Baumarkt bereits ein entsprechender Vorlauf vorhanden ist. Nach den Versäumnissen der Vergangenheit sollten wir gemeinsam versuchen, das Vorhaben zum Erfolg zu führen. Wenn uns das gelingt, könnte das Einrichtungshaus schon im nächsten Jahr seine Pforten öffnen.“ Soweit Scharfenberg am 6. Juni 2007.

In der 40. (öffentlichen) Sitzung der SVV am 10. Oktober 2007 sollte nun „Butter bei die Fische“ kommen. Es ging also ganz konkret um die Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag. Und spätestens hier ist interessant, was die einzelnen Fraktionen und deren Redner – einschließlich des Ober-



OB Jann Jakobs übergibt die Baugenehmigungsakte.



Jens Buskies, der zukünftige Geschäftsleiter von porta in Potsdam.

bürgermeisters – so von sich gaben. Dr. Scharfenberg warf noch einmal seine Fürsprache für die porta-Ansiedlung in die Debatte: „Wir haben die Möglichkeit zu zeigen, dass eine Investition auch mal beispielhaft durchgeführt werden kann, ohne dass sie zerredet wird.“ Und er hob hervor, dass es in den

betreffenden „Wohngebieten viel Zustimmung für dieses Vorhaben gibt“. Schließlich lobte er die Stadtverwaltung und den Investor für ihr konstruktives Herangehen.

Auch der CDU-Stadtverordnete Lehmann appellierte an die Stadtverordneten, porta nicht zu verprellen und dem Vertrag zuzustimmen. Die porta-Ansiedlung seien „gute Brötchen, die dem Stern gut zu Gesicht stehen...“.

Doch dann kam die Schar der „Bedenkenträger“. Und die zog sich durch alle anderen im Stadtparlament vertretenen Parteien. Allen voran der Oberbürgermeister Jann Jakobs: Er postulierte zum Beispiel, er finde, „dass wir ein ganzes Stück hinter dem zurück bleiben, was in langen Diskussionen mit den Menschen vor Ort diskutiert worden“ sei. Und er „beklagte“, „dass man, was diese Brache angeht, keine besseren Lösungsvorschläge hat. Das ist ein Dilemma...“. Weiter warf er Dr. Scharfenberg vor, „Sie sind mit einem Investor gekommen, der nicht mal so potent gewesen ist, überhaupt eine Planung auf die Füße zu stellen“. Trotzdem gehöre es „zur Verantwortung“, „sich auch von Illusionen zu verabschieden...“. Und – nach einigen weiteren „Bedenkenträger“-Sätzen und diffusen Behauptungen sagte schließlich auch Jann Jakobs: „Ich sehe auch keine andere Alternative ... deshalb werde ich auch diesem Vorhaben zustimmen.“

Den Bedenkenträgern wollen wir noch einmal unseren Bericht über die SVV am 6. Juni 2007 vor Augen führen. So stand es in „Potsdams anderen Seiten“: „Die Landeshauptstadt Potsdam hat bisher kein solches Einrichtungshaus. Insofern kann mit dieser Ansiedlung eine Lücke geschlossen und das Einzelhandelsangebot auch mit überregionaler Wirkung abgerundet werden. ... Und schließlich ist eine Investition von mindestens 30 Millionen Euro und die Schaffung von etwa 250 Arbeitsplätzen einschließlich von Ausbildungsplätzen wahrlich kein Pappenstiel. Wir haben es für richtig gehalten, diese Überlegungen zuerst mit den Bewohnern vor Ort auszutauschen und ihre Meinung einzuholen. Es ist erfreulich, dass es darauf durchweg positive Reaktionen gibt und eine solche Ansiedlung als eine echte Bereicherung angesehen wird.“ – Dem gibt es im Moment nichts mehr hinzuzufügen. Außer: Dem Vorhaben wurde durch die Stadtverordneten am 10. Oktober 2007 mit großer Mehrheit zugestimmt! Und auf der Brache wird Erde bewegt. Gute Zeichen für unsere Stadt, meinen wir.

b.m.

## Soziales Engagement

Ein erstes Beispiel des sozialen Engagements von „porta“ im anliegenden Wohngebiet: Am 19. Dezember 2007 konnte ein frisch renovierter Raum an der Priesterwegschule an die Nutzer übergeben werden – ein „Aufenthalts- und Aktionsraum“ für die Schüler und Lehrer der Bildungseinrichtung. Initiatoren des Projekts waren die Bürgerinitiative und der LINKEN-Fraktionschef im Stadtparlament, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. Der früher unansehnliche Kellerraum, der als Abstellkammer diente, ist mit Eigenleistungen und finanzieller Hilfe durch „porta“ zu einem Schmuckstück geworden. Ein guter Anfang für den Start des Einrichtungshauses im angrenzenden Wohngebiet, meinen wir.

Foto: Korne



## Stolpergefahr

Die Sternbewohnerin Helga Bornstädt wandte sich an die Bürgerinitiative Am Stern sowie an das Bürgerbüro von Dr. Scharfenberg mit der Bitte um Abhilfe von desolaten Fußwegeverbindungen. Zahlreichen Erstbewohnern Am Stern im Bereich Hans-Grade-Ring/Gagarinstraße fällt es schwer, den Keplerplatz mit seinen Versorgungseinrichtungen zu erreichen. Gehwegplatten sind durch Wurzelwerk gebrochen oder fehlen ganz. Besonders der Fußweg zwischen dem DRK-Kinderheim in der Pietschkerstraße und dem Club 18 ist bei Regen und Schnee nahezu unpassierbar.

Die Stadtverordneten des Sterns werden sich zusammen mit der Fraktion DIE LINKE für eine Klärung der Problematik einsetzen.

Ingo Korne



## Nikolaussingen im Stern-Center

Auch in diesem Jahr organisierte der Förderverein Jagdschloss Stern und Parforceheide e.V. am 6. Dezember im Stern-Center wieder ein Nikolaussingen. Der Frauenchor der Volkssolidarität Babelsberg gestaltete gemeinsam mit Kindern der Kita „Piffikus“ vom Stern ein kleines Weihnachtsprogramm.

Die Kinder hatten ihren besonderen Spaß, und so sollte es auch sein. Erwartungsfroh und mit großem Eifer trugen sie ihre Lieder und kleinen Rezitationen vor, welche mit viel Einfühlungsvermögen die Erzieherinnen mit ihnen einstudiert hatten. Manche Mutti und mancher Vati unter den Zuhörern waren gewiss sehr stolz auf die Tochter oder den Sohn.

Groß war die Überraschung, dass der Nikolaus einen Sack mit weihnachtlichen Süßigkeiten für die kleinen Sängerinnen und Sänger bereitgestellt hatte. Die strahlenden Augen der Kinder sind auch dafür gewiss ein Dankeschön für das Centermanagement. *Brigitte Oldenburg*

# Advent-Familienfest Am Stern



Das Lokale Bündnis für Familie Am Stern hatte Familien zu einem Adventssonntag der besonderen Art in die Bibliothek am Keplerplatz, die gerade ihren 20. Geburtstag feierte, eingeladen.

Schon beim Betreten duftete es nach typischer Weihnachtsbäckerei: Waffeln, Kuchen und Stollen, kleines Gebäck und dazu Kakao und Kaffee, heißer Holunder-

saft ließen gleich den sogenannten Wohlfühleffekt aufkommen. Für den Durst standen Mineralwasser und auf Naturbasis hergestellter Apfelsaft aus der DRK-Behindertenwerkstatt in der Kohlhasenbrücker Straße bereit.

An mehreren Tischen konnten die verschiedensten Bastelarbeiten, z.B. Schmuckkästchen und Weihnachtsde-

korationen, hergestellt werden. Den Kindern und ihren Eltern standen dabei Mitarbeiter des Kindertreffs Am Stern, des Club 18 und der Sternwerkstatt hilfreich zur Seite; unter Anleitung von Frau Magda Gressmann entstanden selbst gestaltete Kalender für 2008.

Einen ganz besonderen Höhepunkt für die kleineren, aber auch größeren Kinder war der Auftritt der Clownsfrau Pipolina und ihres Partners Pipo, der aus gegebenem Anlass als Weihnachtsmann gekommen war. Fast eine Stunde verfolgten große Kinderaugen mit Spannung und viel Humor die weihnachtliche Reise der beiden und bedachten sie am Schluss mit viel Beifall.

Es gab aber auch einen Weihnachtsmann, der erst Überraschungen „herausrückte“, nachdem er sich überzeugt hatte, ob die Kinder ein Gedicht oder Lied vortragen konnten.

Ein gelungener Nachmittag am 9. Dezember, der viele Kinder, Muttis, Vatis und Großeltern vorweihnachtlich vereinte. Und nicht zu vergessen: Alles war in der Bibliothek, wer sich also mal ein wenig zurückziehen wollte, hatte genug Regale mit Büchern zum Schmökern...

Helga und Hans-Peter Hefti



## Erfolgreich für unseren Kiez

### Bürgerinitiative Am Stern wirkt für intaktes Umfeld

Die Bürgerinitiative Am Stern hat in den vergangenen Jahren eine recht aktive und erfolgreiche Arbeit geleistet. Eine Gruppe aktiver Bürger, davon einige PDS-Mitglieder, hatten sich zusammengetan, um die Entwicklung in ihrem Kiez mitgestalten zu wollen. Der Beginn der Arbeit fällt fast zeitgleich mit den Vorstellungen zum Ausbau eines Campus am Stern zusammen. Auf der Grundlage dessen, was aus DDR-Zeiten noch vorhanden war (Schulen, Kiezbad, Sporthallen, Sport- und Übungsplätzen), sollte dies nach fast 10 Jahren lediglich den Zustand erhalten, wobei dieser von Jahr zu Jahr nutzungsbedingt nicht besser wurde, endlich nicht nur schlechthin renoviert, sondern zu einem Campus weiterentwickelt werden. So wurden die ersten Entwürfe vor der Bürgerinitiative verteidigt und das Anliegen erläutert. Wenn auch nicht alle Vorstellungen, besonders an und in den Gebäuden, wie auch von den Jugendlichen favorisiert, umgesetzt wurden – die ersten

fertig gestellten Abschnitte können sich sehen lassen.

Ein anderes Anliegen der Bürger war, dass die Wohngebietsgaststätte Orion, die zu DDR-Zeiten Räumlichkeiten für kulturelle Zwecke bereitstellte und nun nicht mehr betrieben und bewirtschaftet wurde, nicht länger so verwahrlost den Unmut der Bürger erregen sollte. Also wandten sich Vertreter aus der Bürgerinitiative an die Treuhandvertretung, die auch prompt handelte und der Bürgerinitiative den Vorschlag für den Neubau eines Einkaufszentrums unterbreitete. Wenngleich auch hier nicht alle Vorstellungen umgesetzt wurden, lässt sich mit dem Ergebnis leben.

Die Umgestaltung des Kepler-Platzes wurde mit der Bürgerinitiative besprochen und realisiert.

Der Neubau eines Baumarktes mitten zwischen den Wohngebieten Stern und Drewitz mit einer drei Meter hohen Sichtblende ringsum wurde verhindert, da er

sicherlich nicht dem Zusammenleben Stern-Drewitz dienlich gewesen wäre. Positiv wurde in der Bürgerinitiative dann aufgenommen, als sich für diese Örtlichkeit ein Investor für einen Möbelmarkt bei ihr und der Linkspartei vorstellte.

Hier kann ich nur einige Beispiele aus der Arbeit der Bürgerinitiative herausgreifen, deren Arbeit auch durch die sehr agile erste Sprecherin geprägt war. Sie hatte einen sehr guten Kontakt zu Behörden, Ämtern und zur Polizei, so dass man vieles gemeinsam beraten konnte. Ihr Nachfolger konnte daran anknüpfen.

Im Jahr 2006 gründete sich am Stern dann das Bündnis für Familie mit weitaus mehr Bereitschaft zum Mittun. Aber, es waren immer dieselben, die sich trafen und die dies auch in der anderen Gruppierung taten. Oftmals, und auch dies ist verständlich, zu denselben Themen. Denn auch die Bürgerinitiative sah ihr Ziel im Wohl des Bürgers in einem möglichst intakten Umfeld. Da blieb letztlich nur die Folgerung, künftig in einer Gruppierung zusammenzuarbeiten. Dies wollen wir tun – genauso erfolgreich für unseren Kiez. *D. Scharlock, Stadtverordneter*

# Wer als Sportler nicht kämpft...

Parlamentarischer Druck der LINKEN brachte endlich Bewegung in Sachen Bau des Funktionsgebäudes des „OFFLINE“ und SC Potsdam

Der SC Potsdam e.V. wurde im Jahre 1994 gegründet. Er ging u.a. aus den Abteilungen Leichtathletik, Volleyball, RSG des damaligen PSV Potsdam e.V. hervor. Heimstätte war das „Ernst-Thälmann-Stadion“ mit seinem Funktionsgebäude, das ausreichende Räumlichkeiten hatte.

Mit dem Abriss dieser Sportstätte im Zentrum der Landeshauptstadt stand die neue Unterbringung des Vereins auf der Tagesordnung, zumal die Sportförderstützung festgeschrieben hat, das Sportstätten nur abgerissen werden dürfen, wenn gleichwertiger Ersatz zur Verfügung gestellt werden kann. Und damit begann eigentlich die Odyssee für den Club, die dank der wirksamen Unterstützung der LINKEN einen erfolgreichen Abschluss haben wird.

Blicken wir zurück: Bereits 1995 hat der SC Potsdam ein Konzept für die Errichtung und Nutzung einer Ersatzsportanlage (Sportplatz, Sporthalle, Sozialgebäude, Kleinsportanlagen sowie der Gestaltung eines weiteren Jugendclubs) erarbeitet und eingereicht.

1995 lag ein erster Entwurf für ein Multifunktionsgebäude bereits vor, der 11/96 präzisiert wurde. (Projektentwurf mit abgestimmtem Raumplan Jugendclub/Sportfunktionsgebäude bis zur Baureife).

Die Planungskosten des vorgesehenen Jugend- und Sportzentrums im Kirchsteigfeld (Ersatzbau E.-Thälmann-Stadion) beliefen sich zu diesem Zeitpunkt schon auf 200.000.- DM.

1996 gab es bereits einen Planungsverlauf für das Funktionsgebäude/Jugendclub, einschließlich des Bedarfs an finanziellen Mitteln. Hier war vorgesehen, dass im Mai 1996 die Entwurfsplanung bestätigt werden sollte. Kostenberechnung für die Jahre 1996–1998: Sportfunktionsteil: Ges. 2.064.00.- DM, Teil Jugendclub Ges. 3.678.00.- DM!

24.04.1997: Auf Grund fehlender Finanzen: Vorschlag/Angebot durch die ALLOD Grundstücks- und Verwaltungsgesellschaft mbH an die Stadt Potsdam (Dez. Bauen u. Wohnen), den Projektcontainer als Übergangslösung kostenlos zu übergeben. Dieser sollte durch den Jugendclub „OFFLINE“ und den SC Potsdam e.V. genutzt werden.

Im Herbst 1997 zogen der SCP mit seiner Geschäftsstelle und der JC „OFFLINE“ (Jugendliche und Kinder ab 13 Jahre) in den Projektcontainer im Wohngebiet Kirchsteigfeld. Dies war von der Stadtverwaltung als Übergangslösung bis zum Neubau 2002 gedacht. 2002 war die Genehmigung zur Nutzung des Containerbaus durch die Feuerwehr bereits abgelaufen.

Am 22.09.2004 wurde der SCP beauftragt, erneut eine Raumbedarfsplanung vorzulegen, was kurzfristig geschah. Weitere erfolgten bis zum Monat Oktober 2007.

Spätestens von diesem Zeitpunkt an (2004) gab es durch die PDS – später die LINKEN – auch ständig Beschlussvorlagen an die Stadtverordnetenversammlung zum Bau des Funktionsgebäudes. Aber leider blieben konkrete Beschlüsse aus.

Es ging immer zwischen Club und Verwaltung hin und her. Seit geraumer Zeit wird dem SC Potsdam unterstellt, er

blockiere mit dem von ihm gewollten eigenfinanzierten Mehrzweckraum (140 m<sup>2</sup>), den Baubeginn des neuen Jugendclubs „OFFLINE“ und des Funktionsgebäudes im Kirchsteigfeld, weil sich daraus eine Gesamtkostenerhöhung für die Stadt ergebe, die nicht eingeplant sei.

Diese Darstellung ist sachlich nicht korrekt. Bei diesem Bauvorhaben geht es 1. um den „OFFLINE“ und 2. um ein Sportfunktionsgebäude für den Sportplatz (Ersatzgebäude für das Ernst-Thälmann-Stadion) mit Büros für den SC Potsdam.

Schon vor drei Jahren hat der SC Potsdam erkannt, wie wichtig eine Verbesserung der sportlichen, sozialen und gemeinnützigen Angebote im Bereich Stern-Drewitz-Kirchsteigfeld sein werden. Der SC Potsdam, als größter Sport-



verein des Landes, hat bereits von Anfang an darauf hingewiesen, dass in diesem Bauprojekt ein Mehrzweckraum mit größerer Fläche integriert werden muss, der dem Behinderten-, Senioren-, Reha- und Kindersport, einschließlich dem Integrationsprojekt mit der GS 46, gerecht wird. Der SC Potsdam ist auf freiwilliger Grundlage bereit, 157.000 € Eigenleistung als Co-Finanzierung aufzubringen. Von der Stadt wurden allerdings ca. 243.000 € dafür veranschlagt, die der SCP nicht in dieser Höhe tragen kann und wird.

Letztlich geht es dem Verein darum, ein Angebot zu schaffen, dass den perspektivischen Anforderungen des sozialen Brennpunktes der Wohngebiete Stern, Drewitz sowie Kirchsteigfeld gerecht wird.

Die genannte Budgetdifferenz von 470.184 € zur neuen Gesamtsumme von 1.907.184 € kann nicht dem SC Potsdam zugeschrieben werden. Vielmehr liegen



hier ungenaue Berechnungen seitens des „Kommunalen Immobilienservices“ vor.

Ohne gegen andere Sport- und Sozialprojekte in unserer Stadt Potsdam oder zu Lasten anderer Vorhaben aufzutreten, die ebenso öffentlich gefördert werden – es kann hier immer nur ein gemeinsames Agieren aller sozialen Projektträger geben –, muss es doch im Ringen aller Beteiligten um die Entstehung unseres Jugendclubs OFFLINE und des Funktions-

gebäudes möglich sein, dieses Vorhaben entsprechend finanziell abzusichern.

Dieses veranlasste uns, eine Pressekonferenz anzusetzen, denn wer als Sportler nicht kämpft, der hat verloren und wir wollten an dieser Stelle auch hier erfolgreich kämpfen.

Erst mit der Pressekonferenz im November 2007 kam richtig Bewegung in diesen Vorgang. Hier nahmen der SCP sowie der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, zum gegenwärtigen Stand des Bauvorhabens Stellung. Und das zeigte Wirkung! Denn unmittelbar danach kündigte die Beigeordnete Elona Müller an, dass die Finanzierung gesichert ist.

Nun hoffen wir, dass es bald den schon lange überfälligen „ersten Spatenstich“ geben wird und wir in das Funktionsgebäude noch Ende 2009 ziehen können.

Gerhard Pohl  
Pressesprecher  
des SC Potsdam

# Die geteilte Steinstraße

Auch noch im Jahr 2007 ist die Steinstraße durch Bahnschienen unterbrochen und kann nur über den Umweg Berlin-Steinstücken passiert werden. In der Novembersitzung der Stadtverordnetenversammlung hat die Fraktion DIE LINKE einen Prüfauftrag zur Realisierung eines Fußgänger- und Radwegtunnels mit Mehrheit verabschiedet. Zum 1. Quartal 2008 wird die Stadtverwaltung berichten, ob ein endgültiger Ausbau möglich ist. Bereits im Zusammenhang mit dem Ausbau der Bahnanlagen in den 90-er Jahren hatte das Verkehrsministerium mit der Bahn vereinbart, sämtliche Vorrichtungen zur Untertunnelung vorzuhalten. Dies ist auch von Seiten der Bahn geschehen. Das Land würde einen Ausbau mit 75 % mitfinanzieren. Eine Untertunnelung verkürzt den Weg vom Stern zur Universität oder dem Bahnhof Griebnitzsee um 500 m.

Ingo Korne



## Vergesst mir die Tiere nicht!

Interviewt: Ursula Selke, aktive Tierschützerin aus dem Musikerviertel am Stern

### Frau Selke, Sie engagieren sich sehr für den Tierschutz?

Seit meiner Kindheit Sorge ich mich insbesondere um herrenlose, entlaufene, sich selbst überlassenen oder gar ausgesetzte – also leitbedürftige Tiere. Ich erinnere mich: Statt eines Theaters fuhren mein Mann und ich einmal zunächst ins Tierheim. Einem offensichtlich kranken „Straßenkätzchen“ musste geholfen werden. Es machte uns nichts; wir erlebten nur noch den letzten Akt. Schon immer hatte ich daher auch einen guten Kontakt zum Tierheim.



### Und seit wann arbeiten Sie im „Tierschutzverein Potsdam und Umgebung e.V.“ (TSV)?

Es war für mich keine Frage, die nach der Wende mögliche Gründung eines Tierschutzvereines mit zu bewirken. Anlässlich der Gründungsversammlung am 21. Juni 1990 wurde ich Mitglied des TSV.

### Sie sind also von Anfang an dabei, Frau Selke. Wie gestaltet sich seither Ihre Arbeit als aktive Tierschützerin?

Im Grunde gibt es nichts, was wir für die Tiere nicht tun. Mit offenen Augen gehe auch ich durch die Straßen und helfe den Tieren und natürlich auch den Menschen mit ihren Tieren, wo immer auch Hilfe gebraucht wird. Zu den Hauptaufgaben gehören hierbei natürlich – so erforderlich – das Aufnehmen von Fundtieren im Tierheim und deren oft auch notwendige medizinische Versorgung. Auch Fundtiere brauchen ein richtiges Zuhause. Nicht immer kann ich es Katzen bieten. Vier „Findelkinder“ leben derzeit bei uns zu Hause. Drei Miezzen davon waren noch Babys, als wir sie aufnahmen. Die Vermittlung im Tierheim aufgenommener Katzen hat daher einen ganz hohen Stellenwert. Und natürlich möchten wir die vermittelten Tiere dann auch in guten Händen wissen, was wir vor Ort selbst überprüfen.

### Haben Sie in Ihrem Kiez besondere Aufgaben im Rahmen des Tierschutzes?

Nein, territoriale Zuständigkeiten für die Mitglieder des Tierschutzvereines gibt es nicht. Natürlich kennen mich in unserem Stadtteil mehr Menschen. Deshalb erhalte ich hier auch häufiger einen „Hilferuf“. So bat mich vor einiger Zeit eine Bewohnerin aus der Galilei-Straße, einer freilaufenden, abgemagerten und krank wirkenden Mieze zu helfen. Die Katze war tatsächlich in einem sehr schlechten Zustand. Sie musste im Tierheim „aufgepepelt“ werden. Auch diese Mieze hat ein zu Hause gefunden – dank unserer Vermittlung.

### Gibt es nach Weihnachten und in der Urlaubszeit für Sie mehr zu tun, Frau Selke?

Gott sei Dank landeten in den letzten Jahren immer weniger Tiere als ungelieb-

te Weihnachtsgeschenke im Tierheim oder gar auf der Straße. Doch auch in diesem Jahr ist wieder mit der Abgabe und Aufnahme von weihnachtsgeschenkten Hunden, Katzen, Kaninchen und Meerschweinchen zu rechnen. Leider wird oft noch versäumt, vorher abzuklären, ob der Beschenkte sich über das Tier freuen wird und/oder mit dem Tier überhaupt zu Rande kommt.

Nach wie vor gravierend ist jedoch die Sommerurlaubszeit. Abgegebene und – schlimmer noch – ausgesetzte Tiere nimmt das Tierheim seit Jahren in großer Zahl in seine Obhut.

### Allein mit unbezahlter ehrenamtlicher Arbeit kann der TSV seine Aufgaben nicht erfüllen. Frau Selke, wie finanziert der TSV seine Arbeit?

Stimmt, viele Stunden Freizeit und manchmal erhebliche Benzinkosten aus eigener Tasche reichen dafür nicht. Finanzmittel erhält der TSV von der Stadt Potsdam und den mit dem TSV kooperierenden Umlandgemeinden. Aber ebenso viel Geld erwirtschaften wir in der Summe etwa durch Spenden. Jahresbeiträge der Mitglieder, Verkaufsbasare durch die Abgabe bzw. den Verkauf von Fundtieren, durch den Tierpensionsbetrieb, aber auch durch Erbschaften.

### Eine letzte Frage: Wie sehen Sie die Zukunft der Tierschutzarbeit in Potsdam?

Selbst wenn sich die Stadt Potsdam auf Dauer vom Tierheim „verabschieden“ sollte, aktiver Tierschutz ist und bleibt auch in Potsdam erforderlich. Der Tierschutz wird deshalb – ggf. unter anderen Bedingungen – aber ungebrochen seine Arbeit insbesondere für hilfsbedürftige Tiere fortsetzen.

Das Interview führte Brigitte Oldenburg.



# 2008

## Was wird sich ändern? Ein kritischer Überblick

Was ändert sich 2008? Es gibt viele Neuerungen. Deutschland wird reicher, gesünder und transparenter...aber nicht langsamer! Das Positive am Anfang – es gibt mehr Geld. Nein, nicht für Dich oder mich – sondern für unsere Bundestagsabgeordneten. Ganze 330 Euro (4,7 Prozent) – netto. Verdient oder unverdient, das möchte ich an dieser Stelle nicht bewerten. Aber seit dem Tag, an dem sich die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten selbst die **Diätenerhöhung** zubilligten, vernahm man einen Aufschrei in Deutschland – von der Zugspitze bis Rügen. Und er hält an. Doch auch die Arbeitnehmer dürfen sich 2008 freuen. Sie sollen nur noch 3,3 Prozent statt bisher 4,2 Prozent des Lohns als Beitrag zur **Arbeitslosenversicherung** abführen. Das hat der Bundestag Mitte November 2007 ebenfalls beschlossen. Die Entlastung, auch für die Arbeitgeber, werde sich positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken, so die Hoffnung. Warten wir es ab. Gleichzeitig tritt die **Unternehmensteuerreform** in Kraft. Entlastungen bei Kapitalgesellschaften stehen Mehrbelastungen bei Einzelunternehmern und Freiberuflern gegenüber.

Für ordentlichen Krach in der Großen Koalition sorgte eine andere Veränderung. Sie betrifft die älteren Arbeitssuchenden. Nein, sie bekommen nicht mehr Geld – aber sie erhalten länger das **Arbeitslosengeld I**. Nun hat auch die Bundesregierung endlich begriffen, dass es nur gerecht ist, wenn Arbeitnehmer mit 20, 30 oder 40 Arbeitsjahren länger Arbeitslosengeld I bekommt, als einer, der

„nur“ zwei, drei oder vier Jahre gearbeitet hat. Dies hat sich – nach Druck von Links – erst in der SPD und dann in der schwarz-roten Koalition durchgesetzt. Nach diesem koalitionsinternen Ringen wird die Neuregelung allerdings erst im Laufe des nächsten Jahres endgültig beschlossen und rückwirkend zum 1. Januar 2008 in Kraft treten.

Auch die letzten Briefschreiber können sich freuen, oder doch nicht? Zwar wird das **Briefmonopol** zum Jahreswechsel abgeschafft. Damit verliert die Deutsche Post ihr Exklusivrecht für den milliardenschweren Markt mit Briefen unter 50 Gramm. Jedoch können wir trotzdem nicht auf mehr Wettbewerb und billigere Briefe hoffen. Der **Post-Mindestlohn**, unverständlicher Weise nach Ost und West differenziert, führt zum Ausstieg der neuen privaten Konkurrenz und sichert die Monopolstellung der Deutschen Post AG.

Deutschland wird 2008 kinderfreundlicher. Der Bundestag hat im Oktober 2007 die Einrichtung eines Sondervermögens für den Ausbau der **Kleinkinderbetreuung** beschlossen. Über zwei Milliarden Euro gehen als Investitions-Zuschüsse an Länder und Kommunen. Ziel ist, dass spätestens 2013 jedes dritte Kind unter drei Jahren in einer Krippe oder bei einer Tagesmutter einen Platz findet. Dafür muss sich die Zahl der Plätze auf 750.000 verdreifachen.

Deutschland wird rauchfrei – die Nichtraucher können tief durchatmen. Spätestens ab 2008 wird das Rauchen in öffentlichen Gebäuden und Einrichtun-

gen und an Arbeitsplätzen verboten sein und als Ordnungswidrigkeit geahndet. Je nach Bundesland liegen bereits verschiedene Gesetze vor. Bis Anfang 2008 sollen alle über ein **Nichtrauchergesetz** verfügen. Wie geht's dann weiter? Rauchen überall verbieten, weil es gefährlich ist? Richtig – am besten das Leben verbieten, weil das ja bekanntlich gefährlich ist. Und was kommt danach auf der Verbotsliste: Pommes, Hamburger oder Coca Cola, alles wenig gesundheitsförderliche Angelegenheiten.

Und Deutschland wird sicherer – dank der Initiative von Wolfgang Schäuble. Die Bürgerrechte erlebten am 9. November einen schwarzen Freitag. Das Gesetz zur Neuregelung der **Telekommunikationsüberwachung** und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG, beschlossen vom Bundestag am 9. November 2007, tritt am 1. Januar 2008 in Kraft. Wer sich jetzt fragt, welches Gesetz hier gemeint ist – ich sage nur „Vorratsdatenspeicherung“.

Viel Neues auch für die **Autofahrer** im neuen Jahr: Führerschein mit der Maus, Diesel und Benzin künftig mit mehr Biokraftstoff, auch die TÜV-Gebühren steigen, Bußgeldkatalog wird verschärft, meist zahlen die Täter künftig nahezu doppelt so viel Bußgeld, aber das Tempolimit kommt später. Etwas Neues muss ja für 2009 bleiben.

Sascha Krämer

### LINKE fordert Sozialrabatt für Strom – SVV hat beschlossen

Mit der Freigabe der Strompreise ist zu befürchten, dass es zu weiteren Preissteigerungen kommt, die unabhängig von einer Erhöhung der Rohstoffpreise oder anderen Einflüssen erfolgen. Dem sollte im Rahmen der Möglichkeiten der Stadtwerke Potsdam entgegen gewirkt werden. Diesem Gedankengang folgend brachte die LINKE-Stadtfraktion bereits im Juni 2007 einen diesbezüglichen Antrag in die SVV ein. Dem stimmte die Mehrheit der Stadtverordneten zu. In der Sitzung der SVV vom 10.10. wurde dazu – ebenfalls von der LINKEN eingebracht – ein Beschluss gefasst, dem wiederum die Mehrheit folgte. Und schließlich wurde durch die Mehrheit der SVV am 5. Dezember beschlossen: „Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass die Energie und Wasser GmbH (EWP) ab 2008 einen Sozialrabatt für Strom einführt. Dabei soll finanzschwachen Haushalten die Grundgebühr erlassen werden. Der OB wird aufgefordert, dieses Anliegen zur Prüfung und Entscheidung an die EWP heranzutragen. Über das Ergebnis ist die SVV in ihrer Sitzung am 5. Februar 2008 zu informieren.“

Die LINKE diskutiert ihr Leitbild mit den Bürgerinnen und Bürgern Brandenburgs – nun seit fast einem Jahr. Es wurde viel kommentiert, ergänzt und kritisiert. Die bisherige Diskussion war produktiv. Sie fand zunächst in Regionalkonferenzen und Regionalgesprächen, später dann in Fachkonferenzen statt. Was sind Regionen in Brandenburg? Wie soll Wirtschaftsförderung hierzulande gestaltet werden? Was heißt öffentliche Daseinsvorsorge in Perleberg, Potsdam oder in einem Dorf der Uckermark? Und wie steht es um Ökologie und Arbeitsplätze in der Lausitz? Gewiss, die Debatte brachte uns viel Substanz, aber es bleiben doch noch viele Fragen.

Nun sind wir an einem Punkt angekommen, an dem die Bürger fragen, wie es mit dem Leitbild-Prozess weitergeht. Wie sieht der weitere Zeitplan aus? Wie wird es überarbeitet? Werden die Anregungen berücksichtigt und wer entscheidet über die strittigen Passagen? So mancher meint,

## Wie weiter mit dem Leitbild?

dass kritische Beiträge und Veränderungsvorschläge nicht wirklich ernst genommen werden. Dem ist nicht so! Die bisherige Debatte wird dokumentiert, in Internet und in speziellen Publikationen, den Dialogheften. Die aufgeworfenen Fragen und Anregungen werden gesammelt und in dialogischer Form dargestellt. Eine Zwischenbilanz unter dem Titel „Stand der Diskussion um den Leitbildentwurf“, kann man im Internet unter [www.dialog-fuer-brandenburg.de](http://www.dialog-fuer-brandenburg.de) finden.

Eine erste Überarbeitung wurde bis Mitte Oktober 2007 dem Landesvor-

stand übergeben. Um schneller einen Überblick zu bekommen, wird dazu eine Synopse erstellt. Veränderungen sind dadurch einfacher zu erkennen und es kann besser diskutiert werden. Strittige Punkte, wie z.B. im Kapitel „Woher kommen wir?“ oder „Ökologische Herausforderung als Chance“ wurden herausgearbeitet und separat in den fünf Planungsregionen mit den Landesparteitagsdelegierten im November und Dezember 2007 diskutiert. Die Ergebnisse werden von der Kommission Strategie und Wahlen in Anträge gefasst, die der Landesvorstand zum Landesparteitag Ende

Januar 2008 einreicht. Auf diesem Parteitag in Blossin steht dann die überarbeitete Fassung zur Debatte und die Delegierten der Landtagsfraktion werden eine Empfehlung geben, wie mit strittigen Fragen umgegangen werden soll.

Ab Februar 2008 geht das aktualisierte Leitbild in die Endredaktion. Es wird ergänzt, konkretisiert und korrigiert. Die Debatten werden ausgewertet und eingearbeitet. Es geht dabei nicht um das Abschleifen des Papiers, damit es stromlinienförmig wird und allen passt. Im Gegenteil! Themen wie Wirtschaftsförderung und Wachstumsbranchen sollen das Profil schärfen und die Idee der solidarischen Teilhabe konkreter machen. Mit dem überarbeiteten Leitbild im Gepäck wird sich DIE LINKE in Brandenburg den kommenden politischen Herausforderungen – der Kommunalwahl 2008 und der Landtagswahl 2009 – stellen. Und das mit Erfolg.

Sascha Krämer  
BABELconsult

## Note 4 für die Bildungssituation in Deutschland

Deutsche Bildung schneidet schlecht ab beim Bildungsbarometer

Kontakt:

Prof. Dr. Reinhold S. Jäger  
Geschäftsführender Leiter  
zefp – Zentrum für empirische  
pädagogische Forschung

Universität Koblenz-Landau,  
Campus Landau  
Bürgerstraße 23  
D-76829 Landau  
Telefon: +49-(0)6341-906-175  
Telefax: +49-(0)6341-906-166  
E-Mail: jaeger@zefp.uni-landau.de  
www.zefp.uni-landau.de

PISA I und II haben in der Vergangenheit bereits hohe Wellen geschlagen: Viele Diskussionen, weitere Vergleichsuntersuchungen, umfangreiche Reformbemühungen und verschiedene Änderungen im Schulsystem waren das Ergebnis. Und trotzdem wird die Bildungssituation in Deutschland nach wie vor schlecht bewertet: Die Durchschnittsnote 3,7 haben das Zentrum für empirische pädagogische Forschung (zefp) der Universität Koblenz-Landau und die Schülerhilfe (Gelsenkirchen) in der aktuellen Umfrage ihres Bildungsbarometers ermittelt.

1.554 an Bildung Interessierte aus ganz Deutschland, insbesondere viele Eltern schulpflichtiger Kinder und Lehrkräfte, haben sich an der Online-Befragung beteiligt. Und sie haben die Bildungssituation in Deutschland insgesamt schlecht bewertet: Das Bildungswesen genauso wie das Bildungsniveau der Bevölkerung und die Qualität der Vorbereitung auf den Beruf durch die Bildungseinrichtungen schnitten mit einer Durchschnittsnote von 3,7 ab. Dabei beurteilten die Eltern, die das Bildungssystem eher aus der Perspektive des „Kunden“ betrachten, die Situation durchweg schlechter als die ebenfalls befragten Lehrkräfte.

Einig sind sich alle Befragten über die große Bedeutung von Bildung: Auf einer Skala von 1 (nicht wichtig) bis 4 (sehr wichtig) vergaben sie durchschnittlich eine 3,9. Diese Einschätzung wird auch durch die unisono befürwortete Forderung an die zuständigen Länderminister gestützt, nach der Präsentation der Ergebnisse der dritten PISA-Welle an einem Strang zu ziehen und mehr Geld in das Bildungswesen zu investieren.

Wichtig ist den Bürgerinnen und Bürgern außerdem, so die weiteren Ergebnisse des Bildungsbarometers, die Bildungspolitik nicht länger dem Gezänk der Parteien zu überlassen. Dass die wirklich wichtigen Entscheidungen nicht getroffen werden und in die Tat umgesetzt werden, führen vor allem die befragten Lehrerinnen und Lehrer darauf zurück, dass die zuständigen Politiker den Schulalltag nicht kennen. Wenigstens einen Tag sollten die jeweiligen Minister aktiv als Lehrkräfte bestreiten, um das Metier auch von der praktischen Seite kennen zu lernen.

Darauf, dass durch PISA-Erkenntnisse Verbesserungen im deutschen Bildungssystem gewonnen werden können, hoffen alle, die sich am Bildungsbarometer beteiligt haben. Eine Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Schuljahre oder die systematische Nutzung der Ferien für Lernphasen lehnt eine Mehrheit der Befragten allerdings ab.

Der neueste Newsletter mit weiteren Ergebnissen zu dieser Umfrage kann unter download des folgenden Links abgerufen werden: [www.bildungsbarometer.de](http://www.bildungsbarometer.de)

Alle an Bildung Interessierten sind aufgefordert, sich an den weiteren Befragungen zu beteiligen. Eine Anmeldung für weitere Befragungen ist jetzt schon unter der Adresse: [https://www.unipark.de/uc/zefp\\_djaeger/5ab5/](https://www.unipark.de/uc/zefp_djaeger/5ab5/) möglich.

Das Bildungsbarometer ermittelt viermal im Jahr die aktuellen Trends und Einstellungen zu Bildungsfragen. Der Beginn der nächsten Befragung wird rechtzeitig bekannt gegeben.

Links: [www.bildungsbarometer.de](http://www.bildungsbarometer.de)



### Das Trauerspiel von Afghanistan

Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,  
Ein Reiter vor Dschellalabad hält,  
„Wer da!“ – „Ein britischer Reitersmann,  
Bringe Botschaft aus Afghanistan.“

Afghanistan! Er sprach es so matt,  
Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt,  
Sir Robert Sale, der Kommandant,  
Hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.

Sie führen ins steinerne Wachthaus ihn,  
Sie setzen ihn nieder an den Kamin,  
Wie, wärmt ihn das Feuer, wie labt ihn das Licht,  
Er atmet hoch auf und denkt uns spricht:

„Wir waren dreizehntausend Mann,  
Von Kabul unser Zug begann,  
Soldaten, Führer, Weib und Kind,  
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.“

Zersprengt ist unser ganzes Heer,  
Was lebt, irrt draußen in Nacht umher,  
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,  
Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt.“

Sir Robert stieg auf den Festungswall,  
Offiziere, Soldaten folgten ihm all,  
Sir Robert sprach: „Der Schnee fällt dicht,  
Die uns suchen, sie können uns finden nicht.“

Sie irren wie Blinde und sind uns so nah,  
So lasst sie's hören, dass wir da,  
Stimmt an ein Lied von Heimat und Haus,  
Trompeter blast in die Nacht hinaus!“

Da haben sie an und wurden's nicht müd',  
Durch die Nacht hin klang es Lied um Lied,  
Erst englische Lieder mit fröhlichem Klang,  
Dann Hochlandslieder wie Klagegesang.

Sie bliesen die Nacht und über den Tag,  
Laut, wie nur die Liebe rufen mag,  
Sie bliesen – es kam die zweite nacht,  
Umsonst, dass ihr ruft, umsonst, dass ihr wacht.

Die hören sollen, sie hören nicht mehr,  
Vernichtet ist das ganze Heer,  
Mit dreizehntausend der Zug begann,  
Einer kam heim aus Afghanistan.

Theodor Fontane, 1848

### Matinee zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

27. Januar 2008, 11 Uhr, Filmmuseum Potsdam

#### FILMPREMIERE

### „Non Dimenticare – Wider das Vergessen“

Von Claus Dobberke und Stefan Mehlhorn\*

In Anwesenheit von Vittore Bocchetta (Verona)

Prof. Vittore Bocchetta, italienischer Journalist, Maler und Bildhauer aus Verona, Jahrgang 1918, ist einer jener mutigen Männer, die gegen Mussolinis Faschismus und Hitlers Nationalsozialismus kämpften. Als Mitglied der 1943-er illegalen Regionalregierung von Verona wurde er 1944 von den italienischen Faschisten an die Nazis ausgeliefert und musste in den Konzentrationslagern Flossenbürg und Hersbruck eine Zeit des Grauens durchleben.

**Begrüßung: Maria-Luise Döring und Claus Dobberke (IL PONTE)**  
**Gespräche mit Vittore Bocchetta im Foyer bei einem Glas Wein.**

Eine Veranstaltung der Brandenburgischen Gesellschaft der Freunde Italiens IL PONTE und des Filmmuseums Potsdam

\* Stefan Mehlhorns Film über den Potsdamer Kommunisten und GULag-Internierten Walter Ruge „Über die Schwelle“ (Prädikat ‚Besonders wertvoll‘) hatte im Frühjahr 2007 im Filmmuseum seine Potsdam-Premiere

Unter diesem schönen Titel gab es am späten Freitag, 30. November, mitten in der besten Reisezeit die erste Reclaimaktion des antikapitalistischen Bündnisses Potsdam! Rund 80 Menschen feierten mitten im Bahnhofscenter eine schöne, farbige Party und eroberten diese privaten, kommerzialisierten Räume für kurze Zeit zurück.

Obwohl die Polizei ganz offensichtlich irgendetwas erfahren hatte, konnten die vielen kleinen Gruppen ungehindert in das Bahnhofsgebäude gelangen und begannen 17:35 Uhr mit ihren Aktionen: Recorder beschallten die Einkaufspassagen mit Musik, Trommeln, Rasseln und Tröten erklangen, Sprechchöre wie: Keine Überwachung! Alles für alle und das umsonst! Freiheit statt Überwachung! klärten über den Zweck der Aktion auf. Dazu gab es

## Bahnhof für alle!?

jede Menge Möglichkeiten der sportlichen Betätigung: Federball, Fußball, Jonglieren. Viele Flyer wurden verteilt, Bonbons flogen durch die Luft, nur das mit dem großen Transpi klappte nicht so ganz – mensch kann ja nicht alles haben!

Viele PassantInnen nahmen die Informationen dankbar an, gegen Bahnprivatisierung, Überwachungsstaat und Privatisierung öffentlicher Räume lassen sich sehr wohl viele Menschen mobilisieren.

Als die Aktion nach einer halben Stunde beendet wurde, kam erst die „große Stunde“ der Polizei. Nachdem sie vorher

völlig hilflos auf die Kleingruppentaktik und die vielen verschiedenen Aktionen reagiert hatte, beschloss man jetzt wohl, doch noch jemanden verantwortlich machen zu wollen. Also wurden rund 30 Menschen vor dem Bahnhof willkürlich eingekesselt (ohne dass sie wussten, ob die tatsächlich dabei waren!) und rund eine Stunde festgehalten. Dann durften alle, mit Platzverweis versehen und nach Aufnahme der Personalien, gehen.

Alles in allem eine schöne erste Aktion, bei der nicht alles geklappt hat, aber Lust auf mehr macht!

Ihr werdet von uns hören!

[www.antikap-potsdam.de](http://www.antikap-potsdam.de)



## Nicht im Interesse junger Menschen

Linksjugend [‘solid] kritisiert Wahlalterregelung der neuen Kommunalverfassung

Im Dezember verabschiedete der Brandenburgische Landtag eine neue Kommunalverfassung. Der LandessprecherInnenrat der Linksjugend [‘solid] Brandenburg erklärte am Wochenende, dass die Gesetzesnovelle trotz einiger durchaus sinnvoller Neuregelungen weit hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibe und damit insbesondere den Interessen junger Menschen nicht gerecht werde.

Neben der faktischen Einschränkung der wirtschaftlichen Eigenbetätigungsmöglichkeiten von Kommunen und der Hinauszögerung der Direktwahl von Landrätinnen und Landräten kritisierte der Jugendverband der LINKEN insbesondere die verpasste Chance für eine Erleichterung von Bürgerbegehren und die erneute Verhinderung einer Absenkung des kommunalen Wahlalters auf 16 Jahre: „Es ist enttäuschend für junge Brandenburgerinnen und Brandenburger, dass CDU und SPD sich erneut bewusst dagegen entschieden haben, ihnen durch die Teilnahme an Kommunalwahlen schon vor Erreichen der

Volljährigkeit Mitbestimmung und die Vertretung eigener Interessen zu ermöglichen. Alte Männer, die sich einbilden, Jugendliche im Alter von 16 oder 17 Jahren seien nicht willens oder noch nicht in der Lage, sich mit politischen Fragen in ihrer unmittelbaren Umgebung auseinanderzusetzen, haben die Zeit verschlafen!“

Angesichts der desaströsen Jugend- und Bildungspolitik der großen Koalition sei die Angst vor einer politischen Beteiligung junger Menschen zwar nachvollziehbar, deswegen jedoch noch lange nicht hinnehmbar: „Wenn Platzecks SPD ihren Sonntagsreden über den hohen Wert der Jugend für das Land endlich Taten folgen lassen würde, statt sie durch Kürzungen im 610-Stellen-Programm, bei der Inkaufnahme unannehmlanger Schulwege und einer immer teurer werdenden Schülerbeförderung systematisch zu vernachlässigen, dann müsste sie auch nicht fürchten, dass junge Menschen sich an Wahlen beteiligen.“

## „Vergiss den Blick der Menschen nicht“

linksjugend [‘solid] Brandenburg fuhr mit 23 Jugendlichen in die Gedenkstätte Auschwitz und nach Krakau

„Schtetl, Schtetl, Schtetele, vergiss den Blick der Menschen nicht, denn es hält am Leben mich, wie verrückt sie warn, wie wunderbar verrückt.“ Mit diesen Worten beendet Schlomo seinen Traum von einem „Zug des Lebens“ im gleichnamigen Film.

Den Blick der Menschen nicht zu vergessen – das hatten sich auch 23 junge Erwachsene aus ganz Brandenburg vorgenommen, die vom 26. November bis zum 02. Dezember 2007 eine Woche in Oswiecim und in Krakau verbrachten, um sich vor Ort mit den Verbrechen der Deutschen, aber auch mit der vielfältigen und faszinierenden jüdischen und polnischen Kultur zu beschäftigen.

In Oswiecim stand nicht nur die Auseinandersetzung mit dem historischen Ort des Konzentrations-

lagers im Mittelpunkt, wir fragten uns auch: Wer war Täter? Wer war Zuschauer? Und wer wurde zum Opfer? Wann lässt sich von Widerstand reden und wie war er selbst am „Anus Mundi“ Auschwitz möglich? Wie geht der Ort Oswiecim heute mit seiner Vergangenheit, mit dem „Museum Auschwitz“ um? Wie unterscheiden sich die Gedenkkulturen in Israel, Deutschland, Polen und den USA? Und wie wird schließlich in den Familien der deutschen TäterInnen und ZuschauerInnen über den Holocaust gesprochen oder geschwiegen?

Zu diesen Fragen konnte die Gruppe im Laufe der Fahrt Antworten finden. Zu vielen anderen, die Auschwitz aufwirft, nicht.

Daniel Poensgen

Hier seh'n Sie eine Vierzigjährige!  
Flotte Figur und gute Geistesgaben.  
Doch bin ich arbeitslos von Kopf bis Fuß.  
Und keine - keine Firma will mich haben.  
Zu alt zur Arbeit? Früher war ich Beste.  
So langsam schwinden meine schönen Reste.  
Ich reihe mich ins Heer der Arbeitslosen ein.  
Und heb die Faust und – zeige Bein.

Refrain:  
Das wird mich noch so manche Träne kosten.  
Ich bin die Venus aus dem Osten.  
Ein Glück: mein Trabi kann nicht rosten.  
Ich bin die Venus aus dem Osten.

Walter und Erich, Egon und Gestalten,  
die wollten uns als Volk human verwalten.  
Das ging nicht gut; schon lange nicht auf Dauer.  
Und deshalb fiel die ungeliebte Mauer.  
Mein Herz schlägt links, mit Wurzeln tief im Volke.  
Ich bin ein Kind des Proletariats.  
Da pass ich nicht zu Herren in „Armani“  
und Rollex, Aktien und Visacards.

Refrain:  
Das wird mich aber keine Träne kosten.  
Ich bin und bleib die Venus aus dem Osten.  
Doch auf die Dauer wird es Tränen kosten.  
Ich bin und bleib die Venus aus dem Osten.

Die neuen Herren, geldgeile Giganten,  
die kamen über uns als Okkupanten.  
Mein Ländchen ist gefleddert wie 'ne Leiche.  
Und Einheits-Deutschland ist ein Land für Reiche.  
Ich sing kein Loblied auf die alten Zeiten.  
Mein Land ging unter und war nicht zu halten.  
Nun müssen wir noch mal von vorn beginnen  
und uns auf Marx und Engels neu besinnen.

Refrain:  
Das wird uns all unsere Kräfte kosten.  
Ich bin dabei als Venus aus dem Osten.  
Das wird uns alle unsere Kräfte kosten.  
ich bleib dabei als Venus aus dem Osten.

## BALLADE VON DER VENUS AUS DEM OSTEN



Den goldnen Freiheitspass, den hab ich satt.  
Der Mensch ist frei nur, wenn er Arbeit hat.  
Die andere Freiheit ist hohles Gequatsche.  
Wer arbeitslos ist, sitzt tief in der Patsche  
ich pfeife auf die edlen Freiheitsglocken  
und trage weiter meine roten Socken.  
Und meine Söhne werde ich verstecken,  
damit sie nicht am Hindukusch verrecken.

Refrain:  
Das wird mich meine ganzen Kräfte kosten.  
Ich bin und bleib die Venus aus dem Osten.  
Ich bleib auf meinem linken Posten  
wachsam als Venus aus dem Osten.

Mein Land ging unter, nicht meine Ideale.  
Ich raff mich auf und werfe mich in Schale.  
Nein! „Wohlstandsmüll“ will ich nicht sein.  
Ich dräng mich lieber in den Bundestag hinein.  
Und sollte ich mich wieder mal verlieben,  
vielleicht in einen Wessi-Mann „von drüben“.  
Und schlägt sein Herz so links, wie auch das meine,  
da finden wir zum innigsten Vereine.

Refrain:  
Das wird mich Freudentränen kosten.  
Ich bleib die Venus aus dem Osten.  
Das wird uns Freudentränen kosten.  
Ich bleib... die Venus aus dem Osten.

Christa Kozik

### • tips & termine • tips & termine • tips • tips & termine • tips & termine

**Di., 08.01., 14.30 Uhr:**

„Mit der Kamera unterwegs durch die Wildnis Südafrikas“, eine interessante Reise aus der Reihe „Ferne Länder – fremde Kulturen – nahe gebracht“ mit Herrn Dr. Rolf Rönz. Dahlweid\*

**Mo., 14.01., 14.30 Uhr**

„Potsdams Partnerstadt in Finnland - Jyväskylä“. Dahlweid\*

**Di., 15.01., 14.30 Uhr:**

„Musikalischer Rätselnachmittag“ mit Manfred Bischoff und seinem Akkordeon. Dahlweid\*

**Di. 15.01., 18.00 Uhr:**

Potsdamer Buchpremiere „Ossip K. Flechtheim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenker (1009 – 1998)“. RLS\*\*

**Mi., 16.01., 18.00 Uhr:**

„Wie die Medien uns den kargen Lohn als alternative Vernunft vermitteln“. RLS\*\*

**Do., 17.01., 15.00 Uhr:**

Fasching für Menschen mit und ohne Behinderung. Bürgerhaus am Schlaatz

**Do., 17.01., 18.00 Uhr:**

„Die Welt, in der wir leben“ – Entwicklung der VR China nach dem jüngsten Parteitag der KP Chinas. RLS\*\*

**Fr., 18.01., 11.00 Uhr:**

Arbeitskreis Lebenszeit – Arbeitszeit. Öffentlich geförderte Beschäftigung in Brandenburg. Hartz-Reform: Abbau im Umbau. RLS\*\*

**Mo., 21.01., 14.30 Uhr:**

„An den paradiesischen Küsten Südamerikas“. Ein Video-Spaziergang mit Karl Kreutz. Dahlweid\*

**Di., 22.01., 14.30 Uhr:**

„Potsdam 2008 – und wie weiter?“. Historisches und Aktuelles, Humorvolles und Besinnliches erzählt Dr. Herbert Schlomm, Stadtverordneter aus Zentrum-Ost. Dahlweid\*

**Mi., 23.01., 13.30 Uhr:**

„18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. Dahlweid\*

**Mo., 28.01., 14.30 Uhr:**

„Errichtung und Aufhebung von Testamenten“. Gesprächsrunde über wichtige Rechtsfragen des Alltags mit dem Rechtsanwalt und Notar, Herrn Karlheinz Sendke. Dahlweid\*

**Di., 29.01., 14.30 Uhr:**

„Mein Indien – persönliche Erlebnisse bei einer Reise durch das Land der Kontraste – Teil 1: Delhi“. Ingrid Püschel erzählt in ihrem Film von ihren ganz persönlichen Erlebnissen im Land der 100 Völker mit 700 Sprachen und zwei Millionen Göttern und von ihren privaten Begegnungen mit liebenswerten Menschen. Dahlweid\*

## Januar 2008

**Einzelnachhilfe - zu Hause -**  
alle Klassen/alle Fächer  
in allen Orten der Kreise PM und TF  
Hermann-Elflein-Str. 21,  
14467 Potsdam

**ABACUS**

Potsdam 0331 - 600 68 56  
Werder 03327-73 21 62  
Teltow 03328 - 33 98 49

www.abacus-nachhilfe.de

**Sa., 20.01., 15.00 Uhr:**  
„Potsdam und Wasser – Sichten und Gesichter“. Vernissage und Preisverleihung zum Fotowettbewerb 2007. Bürgerhaus am Schlaatz

**Do., 24.01., 14.00 Uhr:**  
„Schulwege in Potsdam“. Bürgerhaus am Schlaatz

**Fr., 25.01., 19.00 Uhr:**  
Gerd Hoffmann – Die Radieschen, Berlin „Allet wird jut“. Kabarett Am Stern, Stern\*Zeichen,

\* Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 13, „Zentrum-Ost“

\*\* Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustraße 53